

– Pressemitteilung –

Wiesbaden, 13. November 2013

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legt heute sein **Jahresgutachten 2013/14** vor. Es trägt den Titel

Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik

Die aktuelle wirtschaftliche Situation und die gute Position Deutschlands im Vergleich zu den Krisenländern des Euro-Raums scheinen vielfach den Blick auf die **großen zukünftigen Herausforderungen** verstellt zu haben. So gehen derzeit diskutierte Maßnahmen, wie die Mütterrente, die Aufstockung von niedrigen Renten oder großzügige Ausnahmen von der Rente mit 67, überwiegend zu Lasten kommender Generationen. Die Herausforderungen werden um ein Vielfaches schwerer zu bewältigen sein, wenn die **Reformen der Agenda 2010 verwässert** oder **teilweise zurückgenommen** werden. Gleiches gilt für wachstums- und beschäftigungsfeindliche Maßnahmen, wie den Mindestlohn oder Steuererhöhungen.

Stattdessen sollten die Reformfortschritte der Vergangenheit bewahrt und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Diese **zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik** ist nötig, um angesichts des kommenden demografischen Wandels das Wirtschaftswachstum Deutschlands zu stärken und für die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme zu sorgen. Die Bundesregierung sollte nicht den Eindruck erwecken, von anderen Ländern schmerzhaft Anpassungsprozesse zu erwarten oder gar zu fordern, aber vor unpopulären Maßnahmen im Inland zurückzuschrecken. Dieses Jahresgutachten zeigt **zahlreiche Ansatzpunkte** auf, wie die deutsche Politik ihre Vorbildfunktion ausfüllen und damit Verantwortung übernehmen kann.

Der **deutsche Arbeitsmarkt** muss weiter gestärkt werden. Mindestlöhne und die Einschränkung von Zeitarbeit und Befristungsmöglichkeiten schwächen ihn und ziehen neue Sperrklinken ein. Fiskalisch sollten die aktuell günstigen Sonderfaktoren und das „demographische Zwischenhoch“ dazu genutzt werden, die **öffentlichen Haushalte** zu konsolidieren. Vorhandene Spielräume sollten dafür verwendet werden, um die Kalte Progression zurückzuführen. In der **Energiepolitik** würde ein Moratorium des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) die nötige Atempause verschaffen, um für die Energiewende endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln.

Die **Euro-Krise** hat sich seit der Ankündigung der Outright Monetary Transactions (OMT) durch die Europäische Zentralbank (EZB) merklich beruhigt. Nach wie vor stabilisiert die EZB die rezessionsgeplagten Mitgliedstaaten des Euro-Raums und das europäische Finanzsystem. Gleichzeitig überprüft sie zur Vorbereitung der **Bankenunion** die Banken auf mögliche Altlasten, die dann in nationaler Verantwortung beseitigt werden müssen. Damit die EZB die Banken sorgfältig prüfen kann, sollten schnellstmöglich zwischen den Mitgliedstaaten **verbindliche Lastenteilungsregeln** für grenzüberschreitend tätige Banken vereinbart werden. Ebenso muss jeder Mitgliedstaat

einen nationalen Bankenrettungsfonds einrichten, um die nationalen Altlasten zu bewältigen. Ist ein Mitgliedstaat dabei überfordert, stünde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) bereit, um Mittel auszureichen, für die **national gehaftet** werden muss.

Der Anstieg der **Weltproduktion** dürfte sich nach 2,2 % in diesem Jahr auf 3,0 % im kommenden Jahr beschleunigen. Aufgrund des schwachen Jahresbeginns wird das Bruttoinlandsprodukt des **Euro-Raums** im Jahr 2013 voraussichtlich eine Veränderungsrate von -0,4 % aufweisen. Für das Jahr 2014 wird eine Zuwachsrate von 1,1 % erwartet. Der sich jetzt abzeichnende Aufschwung wird durch die vielerorts sehr expansive Geldpolitik gestützt, ist allerdings angesichts der nach wie vor hohen Schuldenstände noch nicht selbsttragend. Vor diesem Hintergrund wird sich im Jahr 2014 die konjunkturelle Lage in **Deutschland** voraussichtlich aufhellen: Im Jahr 2013 dürfte der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts lediglich bei 0,4 % liegen, im Jahr 2014 bei 1,6 %.

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	2011	2012	2013 ¹⁾	2014 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	%	3,3	0,7	0,4	1,6
Konsumausgaben	%	2,0	0,8	1,0	1,3
Private Konsumausgaben ³⁾	%	2,3	0,8	1,0	1,4
Konsumausgaben des Staates	%	1,0	1,0	0,9	1,1
Ausrüstungsinvestitionen	%	5,8	- 4,0	- 2,6	6,2
Bauinvestitionen	%	7,8	- 1,4	- 0,2	4,1
Inländische Verwendung	%	2,8	- 0,3	0,8	2,0
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten)		0,7	0,9	- 0,3	- 0,2
Exporte	%	8,0	3,2	0,2	5,2
Importe	%	7,4	1,4	1,0	6,3
Erw erbstätige	Tausend	41 152	41 608	41 860	42 109
Registriert Arbeitslose ⁴⁾	Tausend	2 976	2 897	2 954	2 950
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁴⁾	Tausend	28 440	28 991	29 367	29 679
Arbeitslosenquote ⁴⁾⁵⁾	%	7,1	6,8	6,9	6,8
Verbraucherpreise ⁶⁾	%	2,1	2,0	1,5	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁷⁾	%	- 0,8	0,1	0,1	0,0

1) Prognose des Sachverständigenrates.–2) Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Gilt auch für alle angegebenen Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts.–3) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.–4) Für die Jahre 2011 und 2012 Quelle: BA.–5) Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen.–6) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.–7) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.